

**Rede von Landtagspräsidentin Astrid Wallmann  
anlässlich der Gedenkstunde am 5. Dezember 2023  
im Hessischen Landtag**

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin, liebe Frau Lador-Fresher,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Staatsgerichtshofpräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
ich bin dankbar, dass Sie alle zugegen sind.

Auf der Besuchertribüne darf ich den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Dr. Jacob Gutmark, begrüßen. Ebenso danke ich den Vorstandsmitgliedern des Landesverbandes und des Wiesbadener Vorstandes für Ihr Kommen.

Darüber hinaus begrüße ich für die christlichen Kirchen auf katholischer Seite, Seine Exzellenz, den Bischof von Limburg und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Georg Bätzing sowie auf evangelischer Seite den Beauftragten der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung, Oberkirchenrat Dr. Martin Mencke.

Schließlich darf ich noch einen meiner Vorgänger im Amt, Herrn Landtagspräsidenten a.D. Karl Starzacher, sehr herzlich begrüßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben uns heute zu dieser Gedenkstunde im Plenarsaal des Hessischen Landtages versammelt, um zusammen an die Menschen zu erinnern, die am 7. Oktober und in den Wochen danach Opfer des barbarischen Terrors und der grausamen Gewalt der Hamas in Kibbutzim wie Be'eri, Nahal Oz, Kfar Aza und anderen Orten geworden sind. Und ich möchte gleich zu Beginn der Generalkonsulin des Staates Israel, Frau Lador-Fresher, ganz besonders herzlich dafür danken, dass

Sie in dieser für Ihren Staat so schweren Zeit für dieses gemeinsame Gedenken zu uns gekommen ist. Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

Seit dem 7. Oktober ist die Welt eine andere. Vieles ist seitdem gesagt und geschrieben worden, doch noch immer fällt es uns – und ich gebe an dieser Stelle zu: auch mir persönlich – schwer, für diese Art des Terrors und des durch ihn verursachten Leids die richtigen Worte zu finden. Dabei ist es gerade jetzt so wichtig, mit unmissverständlichen und klaren Worten das zu benennen und zu verurteilen, was andere durch ihre schrecklichen Taten bewirkt haben.

Eine Situation wie jene, die seit dem 7. Oktober eingetreten ist, zwingt auch uns in Deutschland, unsere scheinbaren Gewissheiten kritisch zu hinterfragen. Wir waren uns sicher, dass für die überwältigende Mehrheit der in unserem Land lebenden Menschen das Existenzrecht Israels, aus dem zugleich sein Recht auf Selbstverteidigung folgt, außer Zweifel steht. Auf den Straßen und Plätzen in Deutschland ist in den vergangenen Wochen jedoch öffentlich sichtbar geworden, dass diese Gewissheit trügerisch war. Wir mussten leider beobachten, dass an vielen Orten auf Demonstrationen Israels Existenz in Frage gestellt und mitunter sogar die Meinung vertreten wurde, der Terror der Hamas könne vor diesem Hintergrund gerechtfertigt werden.

Ich schäme mich dafür, dass im Jahr 2023 in unserem Land bei öffentlichen Demonstrationen Hass auf Israel und ein tief sitzender Antisemitismus zum Ausdruck kommen. Und ich schäme mich dafür, dass sich unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger seit dem 7. Oktober unsicher – man muss leider eigentlich sagen: noch unsicherer – in Deutschland fühlen, weil der Antisemitismus in Wort und Tat nun aggressiver und öfter ausgelebt wird. Ich bin sehr dankbar, dass Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden in Hessen unserer Einladung gefolgt und heute hier bei der Gedenkstunde anwesend sind. Ich möchte mich an dieser Stelle direkt an Sie wenden: Im Namen der Abgeordneten dieses Hauses versichere ich Ihnen, dass wir alles, was dafür nötig ist, tun werden, um jüdisches Leben in Hessen zu schützen – und um die schrecklichen antisemitischen Umtriebe zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit derartigen Bekenntnissen, in denen die Solidarität mit Israel und der Kampf gegen den Antisemitismus versichert werden, wird häufig auch die historische deutsche Verantwortung erwähnt. Diese Verantwortung existiert, sie verpflichtet uns und wird immer unsere Politik in Hessen und Deutschland binden. Aber es ist mir zugleich wichtig zu betonen, dass wir nicht allein aus historischer Verantwortung eng und solidarisch an der Seite Israels stehen. Sondern eben auch, weil dieser unser befreundete Staat, der unsere Werte der Demokratie und Freiheit teilt, heimtückisch und brutal von Terroristen überfallen worden ist und es daher auch unabhängig von historischer Verantwortung nach unserer Überzeugung gar keinen Zweifel daran geben kann, wem unsere Solidarität gilt.

Und daher möchte ich betonen, dass Israel das natürliche Recht besitzt, sich zu verteidigen und ebenso auch das Recht hat, die terroristischen Strukturen im Gaza-Streifen endgültig zu zerschlagen, damit die Menschen gerade im Süden Israels künftig wieder sicher leben können und auch für die Palästinenser eine Perspektive ohne Unterdrückung durch die Hamas geschaffen werden kann.

Beim notwendigen Vorgehen Israels zur Bekämpfung des Terrors sind auch unschuldige Opfer auf palästinensischer Seite zu beklagen. Auch hat sich im Gaza-Streifen die humanitäre Situation für die dortige Zivilbevölkerung dramatisch verschärft. Unser Mitgefühl gilt heute auch diesen vielen unschuldig in Not geratenen Menschen. Und wir trauern auch um die zahlreichen zivilen palästinensischen Opfer, die in den vergangenen Wochen ihr Leben verloren haben.

Dieses schreckliche Leid im Gaza-Streifen rechtfertigt jedoch in keiner Weise die Solidarität mit Judenhassern oder die Verbreitung von Hass und Hetze gegen Israel. Vielmehr muss man ganz klar und deutlich feststellen: Die Verantwortung für den gesamten Konflikt und damit auch für die Opfer auf der palästinensischen Seite trägt die Hamas. Denn zur perfiden Strategie und zum menschenverachtenden Kalkül der Hamas zählt es auch, dass sie für ihre Propaganda und politischen Ziele die eigene Bevölkerung im Gaza-Streifen opfert. Die Terroristen halten die palästinensische Zivilbevölkerung wie Geiseln, indem sie ihre militärische Ausrüstung und Stützpunkte bewusst vielfach mitten in den Wohngebieten, in Schulen oder in der Nähe von Moscheen unterbringen – wohl wissend, dass auf diese Weise jede militärische Aktion

gegen die Hamas immer auch mit einer dramatischen humanitären Lage für die Zivilbevölkerung in Gaza einhergeht. Besonders deutlich wird diese grausame Haltung der Terroristen etwa in der perfiden Tatsache, dass sie unter dem Shifa-Hospital eine ihrer Kommandozentralen eingerichtet haben. Ganz bewusst nutzt die Hamas auf diese Weise das Schicksal der Patienten als Schutzschirm für sich selbst: Aus einem Ort, der eigentlich zur Rettung und Bewahrung des Lebens gedacht ist, wird so ein Ort der militärischen Gewalt und des Todes. Um es ganz klar zu sagen: Es ist jene Hamas, die immer vorgibt, die Interessen der Palästinenser zu vertreten, die hier ohne jegliches Mitgefühl tausendfach die Leben der eigenen Landsleute opfert.

Ich würde mir wünschen, dass diese Zusammenhänge auch in den populären Diskursen stärker beachtet werden würden. Namentlich seien hier die sozialen Netzwerke genannt, die in den vergangenen Wochen leider vielfach zu Plattformen abscheulicher Verschwörungstheorien und propagandistischer Fake-News geworden sind. Ihr Konsum trägt daher oftmals zur Desinformation und Hetze statt zur Aufklärung bei. Deshalb ist es umso mehr unsere Pflicht, immer und überall auf die wahren Zusammenhänge und Kausalitäten mit Nachdruck hinzuweisen. Denn nur eine präzise Unterscheidung von Ursache und Wirkung kann vorbeugen helfen, dass es bei diesem polarisierenden Konflikt zu keiner Täter-Opfer-Umkehr kommt.

Der 7. Oktober und seine Folgen werden uns noch lange Zeit beschäftigen. Und wie ich dies eingangs bereits betont habe, bewegt und rührt uns gegenwärtig besonders das Schicksal der vielen Geiseln, die weiterhin in der Hand der Terroristen sind. Wir in Hessen sind in Gedanken bei den Geiseln und ihren Angehörigen und hoffen inständig, dass sie bald zurück in Freiheit und zu ihren Familien gelassen werden. Sehr geehrte Frau Generalkonsulin: Dieser unser Wunsch und diese unsere Hoffnung, dass auch die zehntausende Evakuierten aus dem Süden Ihres Landes wie auch von der nördlichen Grenze zum Libanon hin bald wieder in ihre Häuser zurückkehren können, mögen Sie und Ihr Volk in den kommenden Wochen begleiten. Und es ist mir auch wichtig Ihnen an dieser Stelle zu versichern, dass wir in unverbrüchlicher Solidarität an der Seite Israels stehen – und auch künftig stehen werden.

Auch wünsche ich mir, dass aus den vielfach in Hessen zu sehenden Bekundungen der Solidarität mit Israel neue Brücken der Freundschaft und Partnerschaft zwischen Schulen, Hochschulen, Kommunen und damit zwischen den Menschen in Hessen und Israel erwachsen, um unsere Beziehungen noch weiter festigen zu können. Denn im Austausch, in der Begegnung und im Dialog liegt die Chance, sich noch besser kennen- und verstehen zu lernen-

Bei diesen wenigen einleitenden Bemerkungen möchte ich es belassen und das Wort an die Generalkonsulin übergeben: Frau Lador-Fresher, wir freuen uns sehr, Sie heute in unserer Mitte begrüßen zu dürfen, auch wenn der Anlass ein sehr ernster und trauriger ist. Sie haben das Wort.

\*\*\*